

DORIS AHNEN

## **Integration durch Bildung und Ausbildung**

Ich freue mich sehr, heute hier sein zu können, denn das Thema der diesjährigen Bitburger Gespräche besitzt gesellschaftspolitisch eine hohe Aktualität. Dass Sie der Bildungspolitik in Ihrer Tagung einen wichtigen Stellenwert zumessen, halte ich für besonders wichtig, denn ohne die Berücksichtigung der Migration – und der damit verbundenen Probleme, aber auch der sich daraus ergebenden Chancen – auf dem Feld der Bildungspolitik kann eine „Integration in Freiheit“, so der Titel Ihrer Veranstaltung, nicht gelingen. Daher danke ich Ihnen und Ihrem Organisationsteam für die Gelegenheit, heute hier einige Antworten auf die Herausforderungen, denen sich die Bildungspolitik zu stellen hat, vorzustellen und dann auch mit Ihnen zu diskutieren. Dass wir dies hier in einer europäischen Kernregion tun, freut mich als Rheinland-Pfälderin natürlich ganz besonders. Insofern auch von mir ein besonders herzliches Willkommen an diesem Ort.

Lassen Sie mich als Ministerin, die auch für die Kultur zuständig ist, eines vorweg anmerken. Mich begeistert der Ansatz, Ihr Tagungsthema nicht nur durch wissenschaftliche und politische Vorträge zu bearbeiten, sondern die kulturelle Dimension mit einzubeziehen. Die Integration der Gegenwartsliteratur, endlich einmal nicht nur als Beiwerk, etwa in Form einer Abendveranstaltung, in ein wissenschaftliches Symposium gibt der Kultur den Stellenwert, der ihr in einer solchen Tagung gebührt. Denn nur mit ihr lassen sich alle Blickwinkel der Auseinandersetzung mit dem Thema Integration und Migration ausleuchten. Dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich ein Kompliment aussprechen.

Zurück zur Bildung. Lassen Sie mich einige grundlegende Thesen vorstellen, bevor ich mit konkreten Beispielen erläutern will, wo wir aktuell stehen. Dabei werde ich natürlich besonders auf die rheinland-pfälzischen Erfahrungen zurückgreifen. Wir gehen von dem Ansatz aus, und das ist der erste zu betonende Punkt, dass Integration eine ressortübergreifende Aufgabe darstellt. Fast 20 Prozent der heute in Deutschland lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Bei Kindern und Jugendlichen ist der Anteil noch deutlich höher. Von allen Kindern zwischen drei und sechs Jahren in den westlichen Bundesländern haben 32 Prozent einen Migrationshintergrund. In manchen Städten und Regionen stammen fast zwei Drittel aller Kinder unter fünf Jahren aus Familien mit Migrationshintergrund. Migrantinnen und Migranten bilden also bei Weitem keine kleine Minderheit, schon gar nicht für die Bildungsinstitutionen, die sich bevorzugt mit den jüngeren Bevölkerungsgruppen beschäftigen. Sie gestalten ganz wesentlich wichtige gesellschaftliche Bereiche mit. Prognosen gehen

davon aus, dass im Jahre 2050 mindestens ein Drittel aller Menschen unter 30 Jahren einen Migrationshintergrund haben wird. Auch wenn die Bevölkerungsanteile zwischen den alten und den neuen Bundesländern deutliche Unterschiede aufweisen, glaube ich doch, dass Migration eine Herausforderung für Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik Deutschland insgesamt darstellt.

In Rheinland-Pfalz haben wir einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von 18 Prozent. Bei den unter Sechsjährigen sind es 32 Prozent und bei den Sechs- bis Sechzehnjährigen 27 Prozent. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Deswegen hat die Landesregierung im Jahre 2007 ein umfassendes und ressortübergreifendes Integrationskonzept vorgelegt, das bereits bestehende Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe der Migrantinnen und Migranten in unserem Land intensiviert und weiterentwickelt, aber auch neue Projekte und Programme angestoßen hat. Damit haben wir deutlich gemacht, dass mit Integration weit mehr gemeint ist als nur die Verpflichtung des Staates zur Erstintegration, z. B. durch Sprach- und Orientierungskurse. Integration betrifft alle Bereiche des täglichen Lebens: Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Kultur und Familie. Folgerichtig umfasst das Integrationskonzept der Landesregierung Maßnahmen der Sozial- und Familienpolitik, der Innen- und der Wirtschaftspolitik ebenso wie einen ganz zentralen Baustein: Konzepte der Kinder- und der Bildungspolitik.

Lassen Sie mich kurz etwas zum sogenannten Pisa-Schock und seinen heilsamen Folgen sagen. Ich schaue mir internationale Vergleichsstudien sehr genau an und ich bin durchaus kritisch hinsichtlich der Rezeption mancher Ergebnisse der Pisa-Studie in der Bundesrepublik Deutschland. Gleichwohl stimmt das schmerzlichste Ergebnis internationaler Vergleichsstudien und insbesondere der Pisa-Studie, dass sich in Deutschland wie in kaum einem anderen Land Bildungschancen sehr ungleich verteilen. Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg hängen hierzulande so stark mit der sozialen Herkunft von Kindern zusammen wie in nur wenigen anderen OECD-Staaten.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, so ergaben die Analysen weiter, werden dabei häufig doppelt benachteiligt. Zum einen wachsen viele von ihnen in Familien auf, deren sozioökonomischer Status niedrig ist, zum anderen ist in ihrem familiären Umfeld die Umgangssprache häufig nicht deutsch. Das kann zu zusätzlichen Problemen bei der Sprachintegration führen. Die Pisastudien und die darauf basierenden Analysen machen allerdings auch deutlich, dass sich die Jugendlichen mit Migrationshintergrund – teilweise sogar gravierend – nach ihrem Migrationsstatus, nach der Herkunft ihrer Eltern und nach dem Sprachgebrauch unterscheiden. Die Jugendlichen mit nur einem im Ausland geborenen Elternteil leben in Familien mit ähnlich hohem sozioökonomischen Status wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Dagegen wachsen Jugendliche der ersten Migrantengeneration – beide Eltern und die Kinder im Ausland geboren – und der sogenannten zweiten Migrantengeneration – beide Eltern im Ausland und die Kinder in Deutschland geboren – in Familien auf, die durchschnittlich einen sehr viel niedrigeren sozioökonomischen Status aufweisen als vergleichbare Familien ohne Migrationshintergrund. Jugendliche

der ersten und der zweiten Generation leben zudem häufig in Familien, in denen kulturelle Ressourcen wie z. B. Literatur, Musik und Ähnliches deutlich seltener verfügbar sind als in den anderen Familientypen.

Insgesamt schlussfolgert Pisa, dass Jugendliche mit zwei im Ausland geborenen Elternteilen auch unabhängig von den möglicherweise bestehenden Sprachproblemen über deutlich schlechtere Voraussetzungen für den Kompetenzerwerb verfügen. Allerdings sagt Pisa auch, dass die sogenannte Risikogruppe unter den Schülerinnen und Schülern in Deutschland in erheblichem Umfang auch Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund umfasst.

Angesichts dieser Ergebnisse wird deutlich, dass wir eine umfassende Strategie in der Bildungspolitik brauchen, die an den unterschiedlichen Problemlagen ansetzt. Diese Befunde sind eine dringende Aufforderung zum Handeln. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Altersstruktur in Deutschland sind ein weiteres Argument für die Dringlichkeit, gerade bei diesen Gruppen anzusetzen. Die Bedeutung, die gute Bildung und Ausbildung für jede und jeden Einzelnen haben, genauso wie für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung und die Zukunft unseres Landes, wird heute allgemein anerkannt. Die Bildungspolitik muss deshalb auf der politischen Agenda ganz oben stehen. Es wird aber auch deutlich, dass wir nur dann Erfolg haben werden, wenn gleichzeitig in der Gesellschaft insgesamt ein ausreichend starkes Bewusstsein für die Wahrnehmung von Bildungschancen und für den Bildungsaufstieg geweckt werden.

Dabei reicht die Aufgabe, durch gute Bildungspolitik gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen zu realisieren, weit über den Personenkreis der Familien mit Migrationshintergrund hinaus. Bildung wird immer mehr zu der zentralen sozialen Frage. Einerseits erklären die wirtschaftliche und finanzielle Stellung des Elternhauses und der vorhandene Bildungsstatus im Elternhaus einen erheblichen Anteil der Bildungsbenachteiligungen. Dies wird dann aber noch verstärkt durch die unzureichende Integration in nachbarschaftliche und lokale Netzwerke. Dadurch fehlen Anregungen und Herausforderungen für diese Kinder. Andererseits wird die Ausstattung mit Bildung immer wichtiger für das Gelingen gesellschaftlicher und beruflicher Teilhabe. Ursache hierfür sind nicht zuletzt die steigenden Anforderungen in vielen Bereichen des Beschäftigungssystems. Früher bedeutete das Nichtvorhandensein eines Schulabschlusses „nur“, kaum eine Chance auf einen gut bezahlten bzw. angesehenen Arbeitsplatz zu haben. Heute heißt das in aller Regel, überhaupt keine Aussicht zu haben, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden, und dies nachhaltig.

Damit stehen wir vor der Gefahr, dass ein nicht kleiner Teil der Bevölkerung dauerhaft ohne Arbeit bleibt und dadurch auch dauerhaft abhängig von staatlichen Transferleistungen. Ich will die negativen gesellschaftspolitischen Folgen einer solchen Entwicklung nicht alle aufzählen. Allein die Tatsache, dass die Zugehörigkeit zu den Bildungsbenachteiligten in so hohem Maße über die wirtschaftliche und soziale Stellung des Elternhauses vordefiniert ist, macht deutlich, dass eine große Zahl von Kindern von vorneherein Gefahr läuft, ungleiche Bildungschancen zu erfahren und damit

eben auch eine unzureichende Einbindung in unser Gemeinwesen. Nun definiert sich gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem demokratisch verfassten System nicht eben wenig durch das Versprechen, dass in der Gesellschaft ein Aufstieg möglich ist und dass dieser Aufstieg auch real erfahren wird. Hinzu kommt, dass alle Prognosen über den Fachkräftebedarf der Zukunft davon ausgehen, dass wir zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei zurückgehenden Geburtenzahlen auf die stärkere Ausschöpfung aller Begabungsreserven unbedingt angewiesen sein werden.

Wenn wir also die Integration über das Bildungssystem erreichen wollen, müssen wir doppelgleisig fahren. Einerseits müssen wir die soziale Situation aller Kinder in den Blick nehmen und andererseits gezielt auf migrationsbedingte Benachteiligungen reagieren. Gerade bezogen auf die Kinder mit Migrationshintergrund möchte ich hinzufügen, dass von gleichen Bildungschancen, von erfahrenem Aufstieg durch Bildung aus meiner Sicht extrem viel abhängt, was das positive Selbstwertgefühl von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien in unserer Gesellschaft angeht. Darüber hinaus erhöht ein hohes Bildungsniveau – natürlich auch über die Kompetenzen im Umgang mit der eigenen kulturellen Identität, aber auch dem Erkennen und Umgehen mit der kulturellen Identität anderer Menschen – die Chancen gelingender Integration ganz wesentlich.

Schulabschlüsse und eine qualifizierte Berufsausbildung stehen heute mehr noch als früher in engem Zusammenhang mit gesellschaftlicher Anerkennung. Insofern ist Bildungspolitik der Schlüssel, um tatsächliche Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten realisieren zu können. Wir haben uns deshalb hinsichtlich der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für eine Doppelstrategie entschieden. Wir setzen auf eine gute Förderung aller jungen Menschen, die die soziale Situation mitberücksichtigt und situationsbedingte Benachteiligungen aufgrund eines Migrationshintergrundes gezielt aufgreift. Zentrales Ziel ist und bleibt die Chancengleichheit. Eine Bildungspolitik, die die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund vorantreiben will und zugleich die bildungsferneren Schichten in der gesamten Bevölkerung als Zielgruppe hat, muss sich zwingend das Ziel setzen, mehr Chancengleichheit in den Bildungssystemen zu realisieren.

Ich werde Ihnen dazu wichtige Schwerpunktbereiche der rheinland-pfälzischen Politik vorstellen:

- Wir schaffen zum Ersten mehr Bildungsangebote für Kinder bereits vor der Einschulung und erreichen dadurch eine deutliche Aufwertung der Kindertagesstätten. Hier ist der größte Fortschritt in den letzten Jahren erreicht worden. Das werde ich auch noch anhand von Zahlen belegen.
- Zweitens erhöhen wir die Chancen zur Teilnahme an Bildungsangeboten durch Gebührenfreiheit – und das vom Kindergarten bis zur Hochschule.
- Drittens schaffen wir mehr Chancen für eine individuelle Förderung aller Kinder durch ausreichende schulische Angebote im Rahmen der Ganztagschule.
- Viertens verbessern wir die Chancen zu einem Aufstieg im Bildungssystem durch eine Schulstruktur, die Durchlässigkeit erhöht und die Phasen des gemeinsamen Lernens zum Nutzen aller verlängert und

- fünftens bieten wir gezielte Hilfen für Kinder mit Migrationshintergrund und für ihre Familien an.

Ich will diese allgemeinen Zielvorstellungen anhand einiger Beispiele veranschaulichen. Dabei gehört die gesamte Bildungskette von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule in den Fokus. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass aus meiner Sicht im Bereich der frühkindlichen Bildung in den letzten Jahren die größten Fortschritte erzielt worden sind. Dabei hat es gerade in diesem Bereich noch vor gar nicht allzu langer Zeit strittige Diskussionen gegeben. Es ging dabei um die Rolle, die Eltern einerseits und die öffentlichen Bildungsinstitutionen andererseits in den ersten Lebensjahren eines Kindes zu spielen haben. Das war eine überwiegend ideologische Diskussion und um das Problem der Integration ging es dabei überhaupt nicht. Aber diese lange Zeit nicht ausgestandene Diskussion hatte auch negative Auswirkungen auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, denn sie schadete dem Ansehen der öffentlichen Betreuungseinrichtungen.

Letztlich aber war die Debatte über die besondere Bedeutung der ersten Lebensjahre für die Bildung für die Gesellschaft insgesamt wichtig. Sie hatte zum Ergebnis, dass die frühkindliche Bildung von besonderer Bedeutung ist und dieser Bereich eine Aufwertung braucht. Dadurch haben sich die Kindertagesstätten in den letzten Jahren als besondere Lernorte deutlich weiterentwickelt. Ihr Auftrag ist sehr viel stärker strukturiert worden. Man hat sich in diesem Bereich auf gemeinsame Erziehungs- und Bildungsempfehlungen verständigt, ohne die Schule in die Kindertagesstätte vorzuziehen. Vor allen Dingen ist der Beitrag der Kindertagesstätten im Bereich der Sprachförderung deutlich verstärkt worden. Heute erhalten rund ein Drittel aller Kinder des letzten Kindergartenjahres und entsprechend geringere Anteile in den Jahrgängen vorher zusätzliche Sprachförderung. Dabei ist interessant, dass eine erhebliche Anzahl von Kindern mit deutscher Herkunftssprache von diesen speziellen Sprachkursen ebenso profitiert. An unseren Basiskursen, die einen Umfang von 100 Stunden haben, nehmen zu 56 Prozent Kinder mit deutscher Herkunftssprache teil. In den Intensivkursen haben dann doch mehr als zwei Drittel der geförderten Kinder einen Migrationshintergrund. Hierdurch wird deutlich, dass mehrere Ansätze miteinander verbunden werden können. Innerhalb eines grundsätzlichen Ansatzes der Sprachförderung im vorschulischen Bereich für alle Kinder, die dessen bedürfen, wird noch einmal ein besonderer Schwerpunkt für die Kinder mit Migrationshintergrund entwickelt.

Die Entscheidung, diese Sprachkurse in der Kindertagesstätte anzusiedeln, haben wir bewusst getroffen, um die Teilnahme an der Betreuung in den Kindertagesstätten insgesamt zu erhöhen, gleichermaßen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund. Wir haben in Rheinland-Pfalz in dieser Frage besondere Fortschritte erzielt. Das hängt aber mit einem zweiten zentralen Punkt der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz zusammen, mit der Frage nach der kostenpflichtigen oder kostenlosen Bereitstellung von entsprechenden Angeboten. Wir haben uns sehr bewusst dafür entschieden, die Kindertagesstätten schrittweise gebührenfrei zu stellen, und stehen damit unter allen Bundesländern an der Spitze. Ab dem Sommer 2010 gibt es in Rheinland-Pfalz für alle zwei- bis sechsjährigen Kinder in den Kindergärten keine Elternbeiträge

mehr. Das erfordert erhebliche finanzielle Mittel. Selbst für ein kleines Land wie Rheinland-Pfalz, in dem knapp fünf Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik leben, bedeutet das im Endausbau über 80 Millionen Euro, die jährlich zusätzlich aufgebracht werden müssen. Aber das ist unser klares Bekenntnis dazu, unter dem Gesichtspunkt des Abbaus von sozialen Benachteiligungen und der verstärkten Förderung der Integration einen klaren Schwerpunkt auf den Ausbau der institutionellen Angebote zu legen.

Das zeigt Wirkung. Dieser Tage hat die Bertelsmann-Stiftung den neuen Ländermonitor der frühkindlichen Bildung veröffentlicht und explizit darauf hingewiesen, dass in Rheinland-Pfalz wie in kaum einem anderen Land der Unterschied der Beteiligung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund in den Kindertagesstätten reduziert werden konnte, wiewohl es auch bei uns noch einen Unterschied gibt. Wir haben bei den Drei- bis Fünfjährigen insgesamt eine Beteiligung von 99 Prozent. Das ist bundesweit absolute Spitze. Wir haben bei den Kindern mit Migrationshintergrund bei den Drei- bis Fünfjährigen eine Beteiligungsquote von 89 Prozent. Auch das ist deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Der Unterschied ist bei uns nur halb so groß wie z. B. in Bayern, wo die Beteiligungsraten um 20 Prozent auseinanderklaffen. Wir wissen inzwischen anhand genauer Daten, dass die gezielte Stärkung des frühkindlichen Bereiches den Kindern insgesamt zugute kommt, dass davon aber auch die Kinder mit Migrationshintergrund profitieren. Die Beitragsfreiheit für die Kindergärten vermittelt den Eltern weiterhin, dass die ersten Jahre in der Förderung ihrer Kinder wirklich die wichtigsten sind. Es ist auf Dauer nicht überzeugend, zu sagen, dass die Kindertagesstätte genau so wichtig ist wie die Schule und gleichzeitig die Eltern im Gegensatz zur Schule dafür im Monat 75, 85 Euro oder auch 125 Euro bezahlen müssen. Zur Gebührenfreiheit im Kindergarten gibt es keine Alternative.

Lassen Sie mich als zweites Beispiel die Ganztagschulen nennen. International sind Ganztagschulen üblich. Wir in der Bundesrepublik Deutschland haben uns lange sehr schwer damit getan, auf international übliche und bewährte Standards umzustellen. Diese Diskussionen waren bis in die 90er Jahre hinein in hohem Maße ideologisch vorbelastet, ähnlich denen um den Kindergartenbesuch. Das hat sich in den letzten zehn Jahren grundsätzlich verändert und dafür spielen die Ergebnisse der Pisa-Studien eine Rolle. Heute ist die gewachsene Bedeutung des Bildungssystems genauso wie der Bedarf nach deutlich mehr Ganztagschulen unbestritten. Wir haben in Rheinland-Pfalz im Jahre 2001 mit dem Ausbau angefangen. Inzwischen gibt es mehr als 500 Ganztagschulen im Lande, die einen erweiterten Zeitrahmen für die Bildungsförderung zur Verfügung stellen. Das dient gerade auch der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, denn die Ganztagschulen bieten wesentlich erweiterte Möglichkeiten für die Sprachförderung. Sprachförderung ist ein durchgängiger Auftrag in allen Fächern für die Ganztagschulen. Gleichzeitig bietet der Ganztagsbetrieb die Möglichkeit, zusätzliche Sprachkurse für die Schülerinnen und Schüler, die das brauchen, anzubieten. Die Ganztagschule bietet, ganz anders als eine Schule von 8 bis 13 Uhr, die Möglichkeit, Projekte zu integrieren, die die Vielfalt der Kulturen in den Mittelpunkt stellen. Erste Ergebnisse zeigen, dass dieser Ansatz in der Ganztagschule

zu größerem Bildungserfolg führt, vor allem unter dem Aspekt des Abbaus von sozialen Benachteiligungen und auch von Benachteiligungen aufgrund eines Migrationshintergrundes.

Für uns war weiterhin wichtig, nicht einfach das französische oder das skandinavische Modell der Ganztagschule zu kopieren. Wir haben bei der Umsetzung die besonderen Stärken unserer Gesellschaftsordnung berücksichtigt. Dazu gehört insbesondere das vielfältige und leistungsfähige Vereinswesen. Musikvereine, Sportvereine, Jugendverbände und andere dürfen keinen Schaden nehmen durch die Ganztagschule. Deshalb haben wir von Anfang an diese Vereine in die Schule integriert. Das hat gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen und auch für Kinder mit Migrationshintergrund Chancen eröffnet, neben der besseren Förderung in der Schule auch zu einer deutlich besseren Integration in die Vereine, Musikschulen und andere Einrichtungen zu kommen.

Mein dritter Punkt ist das Schulsystem und speziell die Schulstruktur. Obwohl diese Frage in der Bundesrepublik Deutschland immer mit erbitterten Auseinandersetzungen verbunden war und noch ist, kann man sie beim Thema Integration nicht ignorieren. Wir brauchen ein Schulsystem, das deutlich mehr Durchlässigkeit gewährleistet, und wir brauchen vor allen Dingen ein System, das deutlich mehr Aufstiegschancen ermöglicht. In den letzten Jahren ist besonders die mangelnde Akzeptanz der Hauptschulen unübersehbar. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Hauptschule besuchen, ist deutlich gesunken. Parallel dazu ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an den Hauptschulen ständig weiter angestiegen. Das führt zu der Gefahr einer Kumulation von Problemlagen und zu einem Verlust an positiven Vorbildern für diese Schülerinnen und Schüler. Zumindest auf lokaler Ebene, sicher nicht flächendeckend, kam auch in Rheinland-Pfalz ein sich immer weiter verstärkender Kreislauf in Gang, der genau diese Problemlagen in einzelnen Schulen wachsen ließ. Auch vor diesem Hintergrund haben wir entschieden, die Hauptschule nicht gegen die Akzeptanz in der Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Wir brauchen eine Schulstruktur, die mehr Schülerinnen und Schüler in einer Schule vereint, und haben uns für eine doppelte Strategie entschieden. Neben dem Gymnasium werden die Haupt- und Realschulen zusammengeführt. Ein deutlich größerer Anteil des Jahrgangs besucht diese neue Realschule plus und es gibt dort eine deutlich günstigere Situation hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler. Weiterhin bauen wir auch die integrierten Gesamtschulen mit allen drei Bildungsgängen unter einem Dach weiter aus. Diese Reform wird nicht gegen die Betroffenen umgesetzt, sondern gemeinsam mit Lehrkräften, Schulleitungen, Eltern, Schulträgern und der Kommunalpolitik. Wir haben das viel schneller umgesetzt, als wir ursprünglich vermutet hatten. Eigentlich war ein Zeitraum der freiwilligen Umgestaltung von 2009 bis 2013 vorgesehen, doch schon im Sommer 2010 wird es kaum noch Hauptschulen und Realschulen geben. Die neue Schulstruktur mit Gymnasium, Realschule plus und integrierter Gesamtschule wird dann weitgehend Realität sein.

Wir setzen in der inneren Ausgestaltung dieser neuen Schulen darauf, dass Schülerinnen und Schüler deutlich länger gemeinsam lernen. Die Entscheidung über die

weitere schulische Laufbahn fällt nicht schon nach der vierten Klasse, sondern es werden verschiedene Wege offen gehalten. Wir wissen, dass insbesondere Schülerinnen und Schüler, deren Bildungsweg schon von zuhause aus nicht im positiven Sinne vorgegeben ist, hierdurch weitaus bessere Bildungschancen erhalten. Wir haben dazu ein Konzept zur Intensivierung der individuellen Förderung in diesen Schulen auf den Weg gebracht, das mit einer neuen Philosophie verbunden ist und gerade im Hinblick auf die Integrationspolitik große Bedeutung gewinnt. Bisher setzen viele Fördersysteme in der Schule aber auch in anderen Bereichen darauf, zusätzliche Ressourcen erst dann zu gewähren, wenn ein Problem bereits manifest geworden ist. Etwas funktioniert nicht, der Staat stellt das Problem fest und stellt zur Behebung dieses Problems zusätzliches Geld zur Verfügung. Schulen bekommen zusätzliche Lehrerwochenstunden, wenn es Probleme aufgrund eines hohen Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund gibt oder wenn zu viele Jugendliche keinen Schulabschluss erreichen. Das ist ein typischer reaktiver Ansatz. Wir wollen das grundlegend verändern. Schulen werden Ressourcen bekommen für das Versprechen, bestimmte Probleme zu vermeiden. Sie reichen ein Förderkonzept ein, in dem sie deutlich machen, wie ihre Situation aussieht und was sie tun wollen um bestimmte Problemlagen gar nicht erst entstehen zu lassen. Dafür erhalten sie zusätzliche Ressourcen. Solch ein präventiver Ansatz kann integrationspolitisch vieles vereinfachen.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen Projekte vorstellen, die speziell für die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten konzipiert sind. Diese sind aber – und das ist mir wichtig – Bestandteil eines umfassenden Förderansatzes. Wir bieten in den Grundschulen zusätzlich eine vom Land geförderte Hausaufgabenhilfe für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache an, die mit der Förderung der entsprechenden sprachlichen Ausdrucksfähigkeit verbunden ist. Wir machen spezielle Vorlese- und Leseaktionen für Kinder mit Migrationshintergrund. Wir bauen den islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache aus mit dem Ziel einer besseren Integration gerade von Schülerinnen und Schülern aus islamisch geprägten Ländern. Für im Ausland geborene Eltern von Schülerinnen und Schülern organisieren wir über die Volkshochschulen im Umfeld von Schulen ebenfalls entsprechende Sprachkurse. Wir bemühen uns darum, wichtige Informationen über unser Bildungssystem den Eltern immer auch in den gängigen Herkunftssprachen zur Verfügung zu stellen. Es gibt Projekte wie das sogenannte Rucksackprojekt, das im Umfeld von Schulen mit hohem Ausländeranteil Eltern mit Migrationshintergrund sogenannte Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter zur Verfügung stellt. Wir haben das sehr erfolgreiche Projekt „*impact*“, in dem unter Federführung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte im Land Schulbildungsberaterinnen und Schulbildungsberater qualifiziert werden. Hierdurch wird deutlich, dass unser bildungspolitischer Ansatz eingebunden ist in ein gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept.

Lassen Sie mich noch einen Aspekt besonders hervorheben. Auch im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund müssen wir darauf achten uns nicht zu stark an vermeintlichen oder tatsächlichen Defiziten zu orientieren. Vielmehr geht es darum, sehr viel stärker auf die Ressourcen im Sinne von



Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Kinder und Jugendliche mitbringen, zu setzen und diese im Bildungssystem bewusst aufzugreifen.

Zwei sehr unterschiedliche Beispiele mögen das veranschaulichen. Wir versuchen, die Herkunftssprache von Migrantinnen und Migranten stärker in den schulischen Alltag zu integrieren. Über den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht wird die Kompetenz in der Herkunftssprache erhalten und gleichzeitig versucht, die Herkunftssprache stärker in ein Fremdsprachenkonzept zu integrieren. Die zusätzliche Sprachqualifikation zu erhalten und auszubauen kann dann sogar zu einem Vorteil führen.

Das zweite aus meiner Sicht sehr gelungene Beispiel geht auf die Hertie-Stiftung zurück. Für ihre Initiative zur Unterstützung begabter Kinder mit Migrationshintergrund wurde später die START-Stiftung auf den Weg gebracht. Diese Stiftung vergibt in jedem Jahr Schülerstipendien für begabte Zuwanderinnen und Zuwanderer. Die Vergabe gerade dieser Stipendien schafft eine wirksame Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in einem absolut positiven Kontext darstellen zu können mit ihren herausragenden Leistungen, die sie erbringen mussten, um das Stipendium zu erlangen. Diese Stipendien, bundesweit immerhin um die tausend, sind ein wichtiger Motivationsmotor für junge Schülerinnen und Schüler.

Vorschulische und schulische Qualifikation können natürlich nur dann auf entsprechend fruchtbaren Boden fallen, wenn Kinder und Jugendliche und ihre Familien auch die Erfahrung machen, dass entsprechend gute Qualifikationen in der Schule auch in eine solide Berufsausbildung und eine entsprechende Beschäftigung münden. Ich will den Ausbildungsbereich aus Zeitgründen überspringen und einen Brückenschlag direkt in die Hochschule machen. Ich sehe nach wie vor eine der größten Herausforderungen in der verstärkten Öffnung der Hochschulen für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Hier ist die Datenlage ungenau, weil dieses Kriterium bei der Immatrikulation nicht erhoben wird. Das deutsche Studierendenwerk hat im vorletzten Jahr die entsprechenden Daten mit hohem Aufwand ermittelt. Dabei ergab sich, dass die Zahl der Studierenden mit Migrationshintergrund lediglich acht Prozent betrug. Sie erinnern sich an die Ausgangszahlen in dieser Altersgruppe, die ich zu Beginn referiert habe. Sie sind um ein Mehrfaches höher. Es ist eine große Herausforderung für die Bildungspolitik, auch die Hochschulen für Jugendliche mit Migrationshintergrund weiter zu öffnen. Einerseits sichert der Hochschulabschluss in der Regel immer noch eine hochwertige Beschäftigung. Darauf weisen alle Daten der Arbeitsmarktstatistik hin. Zum Zweiten brauchen wir eine Erhöhung der Studierendenquote, um im Hinblick auf den demografischen Wandel den Fachkräftebedarf in der Zukunft decken zu können. Dafür müssen alle Begabungsreserven ausgeschöpft werden.

Es geht auch noch um einen dritten wichtigen Aspekt. Wir brauchen deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in unseren Schulen, genauso wie wir Bedarf an deutlich mehr akademisch qualifizierten Menschen mit Migrationshintergrund in unseren öffentlichen Verwaltungen haben. Wir benötigen natürlich auch mehr akademisch gebildete Menschen in den Unternehmen der Privatwirtschaft. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir mehr jungen Menschen mit Migrations-

hintergrund die Chance eröffnen, an unseren Hochschulen ein Studium zu absolvieren. Da ist sicherlich an erster Stelle das Bildungssystem auf allen seinen Stufen gefordert. Aber das deutsche Studierendenwerk hat auch ermittelt, dass gerade in dieser Gruppe die soziale Situation eine große Rolle spielt im Hinblick auf die Entscheidung ein Studium aufzunehmen. Studierende aus dieser Gruppe sind in sehr viel höherem Maße auch auf soziale Sicherungssysteme wie das BAföG angewiesen. Während der Anteil der BAföG-Berechtigten bei Studierenden ohne Migrationshintergrund bei ungefähr 25 Prozent liegt, liegt er bei Studierenden mit Migrationshintergrund bei deutlich über 30 Prozent. Ein weiteres Beispiel dafür, wie verschiedene Problemstellungen ineinander greifen. Auch hier spielt neben dem Migrationshintergrund ganz offensichtlich die soziale Situation eine große Rolle. Zusätzlich kann die weitere Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte Menschen gerade auch für Menschen mit Migrationshintergrund den Weg zu einer akademischen Ausbildung öffnen.

„Integration in Freiheit“ ist das Motto dieser Bitburger Gespräche. Freie Entscheidungen setzen in unserer Gesellschaft ein gewisses Maß an Erkenntnissen und Erfahrungen voraus, die wesentlich im Bildungssystem vermittelt werden. Bildung ist der entscheidende Schlüssel zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration von Kindern und Jugendlichen überhaupt – auch von denen mit Migrationshintergrund. Es kommt vor allem darauf an, über eine frühzeitige Bildungsbeteiligung Chancen zu eröffnen und Begabungen zu wecken und zu fördern. Ich habe versucht, Ihnen einen Überblick über eine bildungspolitische Konzeption zu geben, die nach unserer Auffassung geeignet ist dies zu gewährleisten. Unsere Verpflichtung ist es, Kindern und Jugendlichen zu guten Startbedingungen und den Erwachsenen zu Chancengerechtigkeit zu verhelfen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Bildungspolitik höchste Priorität auch in der Frage der Integrationspolitik genießen muss und ich bin froh, dass wir dies in Rheinland-Pfalz in großem Einvernehmen auch realisieren